

Antworten DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Social Impact gGmbH

1. Sicherstellung der Lebensgrundlage für Gründer*innen

*Potenzielle Gründer*innen können ohne einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes eine Geschäftsgründung nicht vorbereiten.*

*Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potenzielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollten?*

Die Förderung von Gründungen und Unternehmensnachfolgen sehen wir als eine wirtschaftspolitische Daueraufgabe an. Existenzgründungen sind Motor für die regionale Wirtschaft. Sie fördern mit neuen, innovativen Ideen - sei es bei Produkten, Dienstleistungen, Verfahren oder Betriebsprozessen - wirtschaftliche Entwicklungen und tragen so zur Erneuerung der Wirtschaft bei. Gründende und Unternehmensnachfolgende benötigen neben Informationen, individueller Beratung und/oder Finanzierung aus unserer Sicht eine starke Sensibilisierung hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung. Selbstständige sollen aus unserer Sicht einen verbindlichen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen erhalten.

2. Gründungsqualifizierung und -begleitung

*Ein nachhaltiger Gründungserfolg ist abhängig von einer engen Begleitung des Vor- und Nach-Gründungsprozesses durch qualifizierte Berater*innen. Solche Gründungsqualifizierungs- und Beratungsangebote müssen in einer ausgeprägten Gründerinfrastruktur eingebettet sein.*

*Wie planen Sie Gründer*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?*

Innovative Gründungen müssen durch die Institutionen der Wirtschaftsförderung bei der Finanzierung und durch flächendeckende Gründungszentren und bei der Netzwerkbildung unterstützt werden. In der Gründungsfrühphase wollen wir durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen eine Verbesserung erreichen. Dazu gehört zum einen der weitere Einsatz und Ausbau von innovativen Finanzierungsinstrumenten zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation von technologieorientierten KMU, wie z.B. der Beteiligungsfonds Brandenburg. Innovative Startups wollen wir auch über die Gründungsphase hinaus unterstützen.

3. Gründung im Nebenerwerb und Unterstützung von Gründungen von Eltern

Gerade für Alleinerziehende kommen Gründungen, v.a. auch Nebenerwerbsgründungen als Alternative zu anderen Formen der Beschäftigung vermehrt in Frage. Hierauf sind Qualifizierungs- und Finanzierungsleistungen nicht ausgerichtet.

Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellen Parteiprogramm bei?

Jeder/jedem Gründungswilligen sollten unabhängig von seiner persönlichen Lebenssituation die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu einer entsprechenden Förderung eingeräumt werden, es darf keine Diskriminierung Einzelner geben. Im Programm der LINKEN zur Landtagswahl 2019 sind Alleinerziehende im Fokus unserer Sozialpolitik. Insbesondere Alleinerziehende, Mehr-Kind-Familien

und Familien mit Migrationshintergrund brauchen eine besondere Unterstützung, damit sie ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Land Brandenburg führen können. Wir wollen zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt einführen. Sie sollen über Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung von Leistungen unterstützen. Inwieweit das auch Unterstützungsleistungen beim Schritt in die Selbstständigkeit sein könnten, müsste man prüfen.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

Das breite Spektrum der Beratungen für Unternehmensgründungen der Lotsendienste und Gründungsservices der Hochschulen steht allen an einer nebenberuflichen Unternehmensgründung interessierten Personen zur Verfügung. Die in Brandenburg vorhandenen Finanzierungsprogramme stehen bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen in der Regel für Gründungen im Nebenerwerb und einer hauptberuflichen Tätigkeit zur Verfügung. Allein bei dem Programm Gründung innovativ gibt es eine Einschränkung für nebenerwerblich tätige Unternehmen. So ist die Antragstellung bei einer Tätigkeit im Nebenerwerb möglich, jedoch muss spätestens ein Jahr nach Beginn der Förderung die selbstständige Tätigkeit im Haupterwerb erfolgen.

4. Gründungsaktivitäten bei Migrant*innen

*Migranten*innen weisen eine relativ hohe Gründungsaktivität auf. Unternehmensgründungen von Migranten*innen tragen nachweislich nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern sie leisten auch einen wichtigen Integrationsbeitrag.*

*Gründer*innen mit Migrationshintergrund stehen in der Gründungsphase vor besonderen Herausforderungen, aber es gibt nur wenige spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote.*

*Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern?*

Das Land Brandenburg fördert einen landesweiten Lotsendienst für Migranten*innen. Der Lotsendienst für Migranten*innen berät und begleitet Interessierte mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Das Angebot erfolgt nicht allein in Deutsch, sondern auch in Englisch, Russisch und Polnisch; im Bedarfsfall werden für weitere Sprachen Dolmetscher hinzugezogen.

Das Angebot des Teilprojekts „Qualifizierung von Migrantenunternehmen“ des IQ Netzwerks Brandenburg richtet sich an Selbstständige mit Migrationshintergrund. In diesem Teilprojekt werden Qualifizierungsbedarfe von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund identifiziert und diese individuell und bedarfsgerecht qualifiziert, um bestehende Defizite etwa hinsichtlich unternehmerischer Kompetenzen zu minimieren und die Potenziale von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund zu fördern. Das Projekt entwickelt Fortbildungsmodule für Selbstständige mit Migrationshintergrund zu solchen Themen wie Marktanalyse, (Sozial-)Versicherungen für Selbstständige, Grundlagen der Buchführung, sowie Umsatz- und Einkommensteuer. Sprach- und Verkaufstrainings zur Verbesserung der Kundenkommunikation gehören auch zum Angebot des Projektes. Außer Fortbildungen bietet das Projekt auch individuelle Unterstützung in Form der Einzelberatungen und des Coachings an. Jobcenter, Kammern und kommunale Wirtschaftsförderungen werden im Rahmen des Projektes über die besonderen Bedarfe von Unternehmen mit Migrationshintergrund informiert. Alle Angebote des Projektes sind kostenlos. Dieses Vorgehen im Land Brandenburg ist in Deutschland beispielgebend.

Um das Gründungsgeschehen weiter zu unterstützen, sollte aus unserer Sicht die Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt werden.

Wie stehen Sie dazu, dass § 21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

Integration ist für uns auch Integration in Ausbildung und Arbeit. Oftmals scheitern die Arbeitsaufnahme bzw. die Aufnahme einer Berufsausbildung an nicht erteilten Arbeitsgenehmigungen. Wir wollen uns dafür weiter einsetzen, dass die kommunalen Ausländerbehörden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft alle Spielräume zur Erteilung von Arbeitsgenehmigungen ausnutzen. Wichtig ist auch, dass Migrant*innen, die sich selbstständig machen wollen, eine klare Bleibeperspektive brauchen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei der Erteilung von Duldungen die Integration in das Arbeitsleben stärker berücksichtigt wird. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Migrant*innen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch, dass sie als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften können.

5. Gründungspotenziale älterer Menschen

Das Gründungspotenzial älterer Menschen wird bisher kaum genutzt. Durch eine zielgruppengerechte Unterstützung wird ein wichtiger Beitrag zur Vitalisierung von Wirtschaftsprozessen, zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Sicherung der Nahversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, gewährleistet.

Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

Durch ihre Lebens- und Berufserfahrung haben viele ältere Menschen Kompetenzen erworben, die für die erfolgreiche Gründung und Führung eines Unternehmens sehr hilfreich sein können. Dazu gehören nicht nur fachliches Know-how und Branchenkenntnisse, sondern auch soziale und kommunikative Fähigkeiten sowie der Kontakt zu beruflichen Netzwerken. Nicht selten gelingt es älteren Gründern auch, Fehlentscheidungen zu vermeiden, weil sie ihre eigenen Stärken und Schwächen besser einschätzen können. Dazu gehören beispielsweise der Umgang mit Geld, die Einschätzung privater Bedürfnisse und die Perspektiven zur weiteren Lebensplanung. Grundsätzlich stehen natürlich auch älteren Gründerinnen und Gründern die gängigen Fördermöglichkeiten des Landes Brandenburg zur Verfügung. Diese müssen aber aus unserer Sicht gezielt in der Öffentlichkeitsarbeit angesprochen werden.

6. Unterstützung von Gründerinnen

Frauen weisen ein hohes Gründungspotenzial auf, welches noch nicht ausgenutzt ist. Zusätzlich wird ihnen der Weg in die Selbständigkeit erschwert, da viele Gründerinnen einer „doppelten Diskriminierung“ durch zusätzliche Merkmale wie Migrationshintergrund oder Alter ausgesetzt sind. Das Bild von weiblichen Gründerinnen und Unternehmerinnen muss in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit Frauen den Weg in die Selbständigkeit wählen und sie während des Gründungsprozess passgenau unterstützt werden, bedarf es spezifischer Gründungsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

Wir brauchen viel mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. In Brandenburg gibt es rund 44.000 Frauen, die selbständig sind. Das ist ein Drittel aller Selbständigen. Das Gründerinnenpotenzial in Brandenburg ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Existenzgründungen von Frauen spielen für die Entwicklung des Landes Brandenburg eine wichtige Rolle. Sie beleben nicht nur die Wirtschaft, sondern schaffen viele neue Arbeitsplätze. Mit der Auszeichnung der Unternehmerin und der Existenzgründerin des Jahres wird in Brandenburg seit Jahren das große Engagement von Frauen in der Wirtschaft gewürdigt. Ziel der Initiative ist es, Frauen über Vorbilder zur beruflichen Selbständigkeit zu ermutigen und Mädchen für das Berufsbild „Unternehmerin“ zu begeistern. Da Frauen, um ihr Gründungsprojekt umzusetzen, immer noch auf deutlich weniger eigene finanzielle Rücklagen zurückgreifen können als Männer, ist der Mikrokredit Brandenburg aufgelegt worden. Aus unserer Sicht gilt es, vorhandene unternehmerische Potenziale von Frauen kontinuierlich zu fördern sowie durch eine öffentlichkeitswirksame Ansprache und passgenaue Beratungen und Förderungen zu unterstützen, damit diese ihre unternehmerischen Ideen und kreativen Potenziale im Rahmen einer Existenzgründung oder Unternehmensnachfolge besser verwirklichen können.

7. Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen

Viele schwerbehinderte Menschen benötigen einen speziell auf die Bedürfnisse ihrer Behinderung eingerichteten Arbeitsplatz, brauchen mehr Ruhephasen oder eine besondere Prozessorganisation. Der Weg in die Selbständigkeit stellt für viele Menschen mit Schwerbehinderung die einzige Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt dar. Bisher existiert nur eine begrenzte Anzahl von Einrichtungen, die sich der Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen annehmen. Der Aufbau eines Gründungsunterstützungsangebots für Menschen mit Behinderung stellt einen wichtigen Beitrag zur Inklusion und zur Vervielfältigung der Gründungslandschaft dar.

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern?

Wir setzen uns für einen chancengleichen Zugang zum 1. Arbeitsmarkt ein und damit ist uns auch der Weg in die Selbständigkeit wichtig. DIE LINKE möchte weg von separierenden Lösungen und hin zu Gleichberechtigung und Chancengleichheit.

Allerdings sieht DIE LINKE große Probleme in der unterschiedlichen Bewilligungspraxis notwendiger Assistenzleistungen. Diese gestalten sich aus Sicht der LINKEN sowohl regional völlig verschieden als auch in der Höhe und in der Art. Mancherorts werden eher separierende als inklusive Lösungen finanziert, anderenorts wiederum die unterstützte Beschäftigung oder Integrationsarbeitsplätze. Im Falle von Arbeitsassistentenleistungen kam es aus Sicht der LINKEN zudem immer wieder zu mehr oder minder willkürlichen Kürzungen, die nicht erklärbar waren. Gerade im Falle der Selbständigkeit kam es mehrfach dazu, dass die Assistenz komplett verwehrt wurde, da – üblicherweise vor allem in der Anfangszeit – kaum Gewinn erzielt wurde und damit nach Ansicht der Leistungsträger kein Anspruch auf eine Arbeitsassistentenleistung vorlag. Diese sei dann unverhältnismäßig. Faktisch ist das falsch, da hier die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) klare Aussagen trifft und Ausnahmeregelungen „von in der Regel 15 Monaten bis zu drei Jahren“ empfiehlt. Um einen chancengleichen Zugang in die Selbständigkeit zu ermöglichen ist das das Minimum, was zu garantieren ist: Menschen mit Unterstützungsbedarf ist in jedem Lebensbereich bedarfsdeckend Assistenz zuzusichern. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Auf Landesebene hat sich DIE LINKE hinsichtlich dessen für die Implementierung einer Clearingstelle eingesetzt, die allen zugänglich ist und bei der Lösung von Problemen und Ungleichheiten in der Bewilligungspraxis von Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz mitzuarbeiten hat.

8. Ländlich schrumpfender Raum

*Gründungen finden vornehmlich in urbanen Räumen statt. Die Gründungsneigung in ländlichen Räumen ist wenig ausgeprägt. Gleichzeitig bestehen in vielen ländlichen Räumen Versorgungsengpässe und Bewohner*innen müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Nachfrage decken zu können. Um Menschen in ländlichen Regionen für eine Gründung zu aktivieren, bedarf es passender Unterstützungsleistungen in ländlichen Räumen.*

Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern?

Bisher zieht es nur wenige Start-ups aufs Land. Um daran etwas zu ändern, braucht es nicht nur eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung. Gefragt sind darüber hinaus Ideen, die die besonderen Stärken ländlicher Regionen hervorheben. Wir wollen sicherstellen, dass ländliche Regionen im digitalen Zeitalter attraktive Rahmenbedingungen für Gründer, Unternehmer und Arbeitnehmer vorhalten können. Unabhängig vom Ort gibt es für Start-ups ähnliche Herausforderungen, um sich am Markt zu behaupten. Dazu gehört die Investorensuche, erfolgreiches Netzwerken, gute Mitarbeiter einzustellen und zu halten, das eigene Produkt bekannt zu machen und es vor allem zu verkaufen. Die Gründungsberatungsangebote und Fördermöglichkeiten müssen stärker auf die ländlichen Regionen ausgerichtet werden.

Welche Maßnahmen planen Sie, in der kommenden Zeit umzusetzen?

Die Weiterentwicklung zur Gigabit-Gesellschaft und der neuen 5G-Welt ist nur erfolgreich, wenn der flächendeckende Ausbau mit 4G/LTE und Glasfaser realisiert wird. Neben der Sicherstellung der Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes haben wir ein Förderprogramm für Mobilfunkmasten angeschoben worden. Dafür sollen rd. 100 Mio. € aus EFRE-Mitteln bereitgestellt werden. Darüber hinaus fordern wir vom Bund die Auflage eines Mobilfunkförderprogramms. Darüber hinaus wollen wir Voraussetzungen schaffen, dass alle Bürger*innen und Unternehmen, Verwaltungsdienstleistungen digital nutzen können. Ziel ist es, dass alle angebotenen Verwaltungsdienstleistungen online komplett abgeschlossen werden können.

9. Unternehmensnachfolge

*Die Übernahme eines Unternehmens stellt eine besondere Chance für Gründer*innen dar. Es bedarf jedoch einer professionalisierten Prozessbegleitung, um die mit einer Unternehmensübernahme zusammenhängenden Risiken zu reduzieren.*

Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Wir wollen regional verankerte Wirtschaftsakteur*innen stärken und verstärkt die Wirtschaftsförderung in Brandenburg an gemeinwohlorientierten, genossenschaftliche und Mitarbeiter*innenunternehmen bei Neugründungen und Unternehmensnachfolgen ausrichten. Die tragenden Säulen der Brandenburger Wirtschaft – das Handwerk und den Mittelstand – wollen wir weiter unterstützen. Vor allem in den Bereichen Berufsausbildung und Unternehmensgründungen und -nachfolge wollen wir mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftssicherung der Unternehmen beitragen. Darüber hinaus müssen die bestehenden Fördermöglichkeiten für Gründungen und Unternehmensnachfolgen durch gezielte Werbemaßnahmen besser bekannt gemacht werden. Auf die Förderfähigkeit von Unternehmensnachfolgen sollte zukünftig ausdrücklich hingewiesen werden. Die von uns eingeführte Meistergründungsprämie zur Sicherung von Unternehmensnachfolgen und Neugründungen im Handwerk wollen wir fortsetzen. Der seit 2018 ausgezahlte Meisterbonus in Höhe von 1.500 Euro ist

ein erster wichtiger Schritt bei der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung. Der Bereich der Berufsqualifikation und -fortbildung muss analog zur akademischen Bildung perspektivisch völlig kostenfrei gestellt werden.